

2910/J XX.GP

der Abgeordneten Pollet-Kammerlander, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend Menschenrechtsverletzungen in Peru

Laut Bericht der Menschenrechtsorganisation amnesty international sind in Peru aufgrund des umstrittenen Antiterrorgesetzes 600 Unschuldige verurteilt worden. Die Regierung des Präsidenten Fujimori habe erst knapp die Hälfte davon wieder freigelassen und die bisher Freigelassenen hätten kein Revisionsverfahren erhalten, womit ihre Eintragung ins Strafregister erhalten bleibe, kritisiert die Organisation.

Perus Gesetze zum Kampf gegen Terror führen zu unfairen Prozessen und Bürger, die des "Landesverrats" beschuldigt würden, könnten vor ein Militärgericht kommen, kritisiert der Bericht. Die Richter blieben während solcher Prozesse hinter Milchglasscheiben versteckt. Soldaten und Polizisten, die an Verhaftungen und Verhören beteiligt gewesen seien, könnten nicht als Zeugen vorgeladen werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Werden diese Berichte von der österreichischen Vertretung in Peru bestätigt?
2. Welche Reaktionen gab es seitens Ihres Ressorts zum Bericht von amnesty international bzw. welche Initiativen zur Wahrung der Menschenrechte in Peru werden Sie aufgrund des Berichtes ergreifen ?